

es aber für verfehlt, auf Grund einseitiger Darstel-
lung sich ein einseitiges Urteil zu bilden. Das Ge-
richt ist pflichtgemäß bestrebt, Klarheit und Sühne zu
schaffen, neue Feststellungen werden neue Schritte nö-
tig machen.
Die Soldatenräte oder Vertrauensleute wer-
den bei der Verwendung der Truppen in ihrem ganzen
inneren Leben ebenso mitwirken können, wie sie die
Führung und Verwendung des Kommandos überlassen
müssen, die fest auf die Republik zu verpflichten sind.
Die Abzeichenfrage wurde ganz sachlich erwogen.
Das Abstreifen der Abzeichen durch halbwillkürliche rudi-
lose Wurschen hat von keiner ernsten Seite Beifall
gefunden. (Weib. Zustimmung.) Es hatte sich nament-
lich gegen die unschuldige Landeskavallerie gerichtet, deren
Farben nach dem schönen Preußenliede doch gerade
angezeigt, daß für die Freiheit unsere Väter
kämpften! Die Kavallerie wurde vom Zentralrat und den
Hauptbeauftragten durch die unstrittene Verfügung ohne
weiteres wieder in Ehren gesetzt, bis die Nationalver-
sammlung neues bestimmen mag.
Abg. Frau Marie Juchacz (Soz.): Die neuen
Rechte können uns nicht genommen werden. Wir wer-
den aber niemals unser Frauentum verleugnen, weil
nun auch wir in die politische Arena gestiegen sind.
(Weiblicher Beifall.) Bei Beratung der neuen Ver-
fassung werden wir dafür zu sorgen haben, daß nun
auch in der Verwaltung die Frau als gleichberechtigt mit
herangezogen wird. Vor allem gilt das für die Jugend-
pflege, für die allgemeine Volksbildung und für die
vielen Zweige der Wohlfahrtspflege. (Beifall.) Wir
fordern eine Aufbesserung der Bezüge unserer Alters-
- und Invalidenrentner. (Zustimmung.) Die Revolution
ist eine geschichtliche Tatsache, die aus den Verhältnissen
heraus wachsen mußte, zu denen Sie (nach rechts)
getrieben haben. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die
vielen Verbrechen von heute sind nicht erst durch die
Revolution gekommen, sie haben sich auch schon unter
dem alten Regime breit gemacht. (Unruhe und Wider-
spruch rechts. Zustimmung bei den Soz.) Die Unter-
drückung der Presse in der heutigen Form billigen
wir durchaus nicht, aber wo war denn die Freiheit
der Presse während des Krieges unter dem alten Re-
gime? (Sehr gut! links.) Der Grundsatz, dem Näch-
-sten freie Bahn, wurde unter dem alten Regime
niemals verwirklicht, nicht einmal
ein sozialdemokratischer Nachtwächter
war vor der Revolution möglich. Die Beamtenschaft
hat die Revolution mit einem besiedigenden Auf-
-atmen begrüßt. Ihre monarchisch gesinnte Partei, Herr
Graf Posadowski, muß in diesem Hause isoliert bleiben.
(Weib. Zustimmung bei der Mehrheit.) Die unabhän-
-gige Sozialdemokratie hat die Spartakuspolitik unter-
-stützt. (Sehr wahr! bei der Mehrheit.) Das befreite
Deutschland sendet seinen Volksgenossen, die noch immer
in Kriegsgefangenschaft im Auslande schmachten müssen,
brüderliche Grüße. (Beifall.) Im Namen der Mensch-
-lichkeit muß gefordert werden, daß sie baldigst ihren
Familien und der Heimat zurückgegeben werden.
(Beifall.)
Abg. Meyer-Kaufbeuren (Str.): Wir begrüßen
die Zusammenarbeit von Mann und Frau in diesem
Kampfe. Möge sie von Glück und Segen für unser
Volk und Vaterland sein. (Beifall.) Dem Dank an
die Neutralen schließen wir uns an. Wir haben aber
die Erwähnung des Papstes vermist, obwohl ge-
-rade dem Heiligen Stuhl die Internierung tausender
von Kriegsgefangener auf neutralem Boden zu dan-
-ken ist. (Beifall i. Zentrum.) Für uns ist also in
dem Regierungsprogramm nicht das geringste neue
enthalten.
In dreißigjähriger unverdrossener Arbeit hat sich
Deutschland vor dem Kriege den Platz an der Sonne
geschaffen, wie es ihn seit den Tagen der Hanfa
nicht gesehen hat. Wenn es sich in immer größere
Abhängigkeit von der Weltwirtschaft begab, so beweist
das am blühendsten seine Friedensliebe. Der Kriegs-
-ausbruch hat deshalb auch die deutsche Volkswirtschaft
panikartig überrascht.

Der Kampf um das Ruhrrevier.

Das ganze Ruhrrevier steht wegen des Ter-
-rors der Spartakisten im Zeichen größter Unruhe.
Wenn es der Regierung nicht gelingt, durch ihre
Truppen Ordnung zu schaffen, steht das Einrücken
der Entente unumittelbar bevor.
Ausruf der Bergarbeiterverbände.
Einen Ausruf an die Bergarbeiter haben in
Bogum die vier großen Bergarbeiterverbände ge-
-richtet, gegen das unverantwortliche Treiben der
Spartakisten Stellung zu nehmen. Es wurde weiter
ein Ersuchen an die Regierung gerichtet, sofort die
notwendigen Maßnahmen zur Wiederherstellung der
Ruhe und Ordnung vorzunehmen.
Wichtige Zwischenfälle in Oberfeld.
Die Spartakistischen Unruhen, die sich im gan-
-zen rheinisch-westfälischen Industriegebiet schon seit
einigen Tagen bemerkbar machen, haben nunmehr
auch auf Oberfeld übergegriffen. Durch Platan-
-schlag wurden die Arbeiter des Wuppertales zum
Generalstreik aufgerufen. Die Arbeitsniederlegung ist
als Protest gegen die Entsendung von Regierungs-
-truppen in den rheinisch-westfälischen Industriebezirk
aufzufassen. Ferner wird die sofortige Zwangs-
-nahme der Sozialisierung gefordert.
Vor dem Eisenbahndirektionsgebäude kam es zu
einem blutigen Zwischenfall. Von der Sicherheits-
-wache des Gebäudes soll die Herausgabe der Waffen
verlangt worden sein, was abgelehnt wurde. Bei
dem sich entzündenden Feuergefecht blühten drei Men-
-schen. Von denen ein, 20 wurden verwundet, darunter
einige schwer. Von der Stadtverwaltung sind, da
die polizeiliche Hilfe unzureichend war, Regierungstruppen
zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ord-
-nung angefordert worden.
Die Eisenbahndirektion wurde von den Spar-
-takisten gestürmt und besetzt.

Besprechungen in Weimar.

Reichswehrminister Koste, Eisenbahnminister Hoff
und Kriegsminister Reinhard empfingen eine Deputa-
-tion der Eisenbahn-Unterbeamten, Handwerker und
Arbeiter aus dem rheinisch-westfälischen Industrie-
-gebiet. Der Führer der Abordnung berichtete über
die Standalösen Vorgänge auf einer Anzahl von
Bahnhöfen. In Essen ist es wiederholt zu Zusam-
-menstößen gekommen, weil Spartakistisch gesinnte Sol-
-daten, die zugleich auf den Bahnhöfen den Wach-
-dienst versehen, nicht dulden wollten, daß Plakate
zur Werbung von Freiwilligen für den Ostzug auf-
-gehängt werden.
Angelehnt dieser Vorkommnisse ist unter den
Eisenbahnbediensteten eine große Erbitterung entstan-
-den, die in einem allgemeinen Streik sich Luft schaf-
-fen sollte, falls von der Regierung nicht entsprechende
Gegenmaßnahmen getroffen werden. Der Reichswehr-
-minister Koste antwortete, die Regierung habe sich
bemüht, für Ruhe, Ordnung und Sicherheit zu sor-
-gen. Seit Sonntag ist eine starke Abstellung nach
Münster in Marsch. Andere Truppen stehen im Senne-
-lager in Bereitschaft. Weitere Maßnahmen werden
getroffen. Durch einen allgemeinen Streik würde je-
-doch eine Besserung der Lage nicht erzielt werden,
sondern auf ein einmütiges Zusammenarbeiten mit
der Regierung käme es jetzt besonders an. Der
Sicherheitsdienst soll von jetzt ab von den Eisen-
-bahnbediensteten ausgeübt werden.

Generalstreik bis ins Herz Deutschlands.

In einer überfüllten Versammlung in Wülshelm
erklärte ein Redner, daß mit dem Streik erst jetzt
bis zum äußersten durchgehalten werden müsse. 100
Becken des Industriegebietes und 40 Gemeindever-
-waltungen hätten sich bereits mit dem Streik soll-
-darisch erklärt und lägen still, nicht eingerechnet die
unzähligen Montanwerke. Man beabsichtige, den Ge-
-neralstreik bis ins Herz Deutschlands zu tragen, um
den Kampf gegen das Kapital vollständig durchzu-
-setzen. Mitbestimmend für diesen Schritt sei für
sie, daß die Regierung trotz aller schönen Reden in
Weimar nichts zu sagen habe. Dies ließe sich vor
allem auch entnehmen aus den zahlreichen Zwischen-
-rufen in der Nationalversammlung. Der Redner schloß
mit einer nachmaligen dringenden Aufforderung zur
Einklang an die Sozialdemokratie aller Richtungen,
die Angestellten und das Kleinbürgertum.

Unter der Spartakusherrschaft.

Die allgemeine Streikfrage.
Der Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet hat weiter
an Ausdehnung zugenommen, doch kann man noch
nicht von einem Generalstreik sprechen.
Die übergroße Mehrheit, mehr als drei Viertel
der ganzen Belegschaft, folgt trotz allem Terroris-
-mus der Kommunisten der Parole der Gewerkschaften
und der Mehrheitssozialisten und lehnt die Ar-
-beitsEinstellung ab. Nach genauer Feststellung be-
-fanden sich von der etwa 430 000 Mann stellenden
Gesamtbelegschaft aller Ruhrzechen 56 000, also rund
25 Prozent, im Auslande. Von den im Ruhrbezirk
befindlichen 250 Schachtanlagen sind 80 vom Streik
betroffen und liegen ganz oder teilweise still.
Die Spartakisten entfalten im ganzen Revier eine
eifrige Tätigkeit, um die weitere Ausdehnung des
Streiks zu erzwingen. Ihre Versuche, immer mehr
Arbeiter durch Waffengewalt zur ArbeitsEinstellung
zu zwingen, stoßen aber mehr und mehr auf
harten Widerstand,
namentlich im Bochumer und Dortmund Revier.
Auf der Zeche Ingelesburg wurden bewaffnete Spar-
-takisten, die die Belegschaften zum Anschluß an den
Streik zwingen wollten, mit blutigen Köpfen heim-
-geschickt. In dem Kampfe wurden auch zwei Leute
der Belegschaft getötet. Als die Spartakisten schließ-
-lich das Feld räumten, erklärten sie, mit Maschi-
-nengewehren wiederzukommen.

Bottrop mit Artillerie beschossen.

In Bottrop kam es zu einer förmlichen Schlacht
zwischen Spartakisten, die etwa 700 Mann stark mit
zahlreichen Maschinengewehren und Geschützen vor-
-drangen, und der dortigen Sicherheitswehr. Die
Spartakisten drangen trotz heftiger Gegenwehr der
Sicherheitswehr ein und legten dort alle Bechen und
Betriebe still. Bisher haben sie über 100 Schüsse
aus ihren Geschützen abgegeben. Bottrop ist vollstän-
-dig von jedem Verkehr abgesperrt. Die Fernspre-
-leitungen sind unterbrochen, so daß Räuber über
die Lage dort nicht festzustellen ist. Die Hamburger
Spartakisten hatten schon vor einigen Tagen versucht,
die Gewalt in Bottrop an sich zu reißen, waren aber
von der Sicherheitswehr blutig abgewiesen worden.
Ihre Drohung, mit stärkeren Kräften wiederzukom-
-men, haben sie offenbar wahrgemacht.

Der Ausruf in Oberfeld.

Ein Kommando der Regierungstruppen, das mit
Genehmigung der Entente hierher geschickt wurde,
konnte das von den Kommunisten besetzte Eisenbahn-
-stationsgebäude und den Hauptbahnhof Oberfeld wie-
-der in seine Gewalt bringen.
Zwischen Spartakisten und Truppen entwickelte
sich ein heftiges Feuergefecht, wobei verschiedene Per-
-sonen getötet und etwa 12 verwundet wurden.
Bei den Verhandlungen zwischen dem Truppen-
-befehlshaber, Vertretern des Arbeiterrates und der
Stadtverwaltung wurde ein Vergleich dahin erzielt,
daß die Schießerei eingestellt wurde und die Truppen
abzogen. Zur Wahrung der Sicherheit soll eine Si-
-cherheitswehr gebildet werden. Die Geschäftsstellen sind
größtenteils geschlossen, die Rettung durch bewaff-
-nete Vandalen am Erscheinen verhindert.

Sturmläuten in Warmen.

In Warmen haben die Spartakisten nachts die

Bahnhöfe und öffentlichen Gebäude besetzt und die
Polizeiwachen überrumpelt und entwaffnet. Zwei
Küster wurden gezwungen, Sturm zu läuten. Viele
Betriebe wurden zwangsweise stillgelegt. Man be-
-fürchtet noch Schlimmeres. Sämtliche Beamten wol-
-len streiken.
Angriff auf den Braunschweigischen Landtag.
Im Landtagsgebäude zu Braunschweig kam es
während der Vollziehung des Landtages, in der über
eine Eingabe der Arbeitslosen in wohlwollendem
Sinne debattiert wurde, zu schweren Ausschreitun-
-gen. Etwa 2000 Arbeitslose marschierten vor das
Landtagsgebäude zu einer Demonstration auf. Ein
großer Teil der Demonstranten drang gewaltsam
in das Haus ein, stürmte in den Sitzungssaal, schlug
Türen und Fenster ein und zertrümmerte einen
Teil der Stühle und Tische.
Die fast vollständig versammelten Abgeordneten
verließen fluchtartig den Saal, um sich möglichst vor
Tätlichkeiten zu schützen. In den
fürchterlichen Tumulten,
innerhalb und außerhalb des Landtagsgebäudes, die
zwei Stunden andauerten, wurden unter Drohungen
und Verwünschungen der Landtagspräsident und einige
andere Abgeordnete unter Stühlen und Tischen begrä-
-ben und mit Häufen, Tisch- und Stuhlbeinen miß-
-handelt.
Der bürgerliche Abgeordnete Fabrikdirektor Mül-
-ler wurde im Sitzungssaal blutig geschlagen und mußte,
um vor Schlimmerem geschützt zu werden, von Ab-
-geordneten aus seiner gefährlichen Lage befreit und
ärztlicher Hilfe übergeben werden.
Ein großer Teil der Landtagsabgeordneten will
infolge dieses Ereignisses und weil der Landtag völ-
-lig schuflos dasteht, von einer Tagung in der Stadt
Braunschweig nichts wissen, wenn nicht schnellstens
ganz zuverlässige Schritte unternommen und durch-
-geführt werden können, die eine Wiederholung der-
-artiger Dinge unmöglich machen.

Vor neuen Forderungen.

Deutschland militärisch völlig machtlos.
Die offizielle Agentur Havas verbreitet folgen-
-den „diplomatischen“ Situationsbericht aus Paris:
Hoch referierte am Montag den Vertretern der
Großmächte über die Annahme des Waffenstillstands-
-vertrages durch Deutschland. Die Frage der den Deut-
-schen entzogenen Gebiete wurde besprochen, aber keine
Stellung dazu genommen. Die Ueberwachung und
der Schutz dieser Gebiete werde in Warschau durch-
-geführt.
Da es sich nur um eine vorläufige Maßnahme
handelt, wird keine feste Stellung dazu zu nehmen
sein. Ferner kam die Ablieferung der Handelschiffe,
des noch ausstehenden rollenden Materials und der
U-Boote zur Sprache. Auch wurde die Rückgabe der
aus den besetzten Gebieten weggeführten Rententitel,
industriellen Werte usw. besprochen; es wurde dabei
besonders auf Elsaß-Lothringen hingewiesen.
Zu dem Waffenstillstandsabkommen sei noch zu
bemerkten, daß es sich dabei um eine vorläufige
Abmachung handele. In den nächsten Tagen werde
ein definitiver Waffenstillstandsvertrag vorgelegt wer-
-den, der bis zum Abschluß des Präliminarfriedens
Weltung haben solle. Deutschland werde danach nur
eine Militärmacht von 25 000 (?) Mann zur Aufrecht-
-erhaltung der inneren Ordnung besitzen dürfen. Alles
Kriegsgerät soll gemeinsam mit den Kriegsindustrien
der Entente unterstellt werden.
Die Sonderkommission hat ihre Arbeiten für die-
-sen Antrag bereits beendet und das Ergebnis wird
den Vertretern der Großmächte nächsten vorgelegt
werden. Es sei nötig, daß noch in der Lage sein
wird, die Bedingungen den Deutschen bereits am
nächsten Donnerstag bekanntzugeben. Die Sitzung war
durch diese Besprechung ganz ausgefüllt, so daß die
Fragen eine Verzögerung erlitten; doch sei zur Wei-
-terberatung noch ein Untersuchungsergebnis abzu-
-warten.

Die Polen kämpfen weiter.

Trotz der völligen Einstellung der Feindselig-
-keiten unsererseits haben die Polen im Laufe des
Dienstags an verschiedenen Stellen des Abschnittes
in hinterhältigster Weise unsere Linien mit Infan-
-terie- und Artilleriefeuer belegt. Auch die Stadt
Kasel wurde von gegenseitiger Artillerie beschossen.

Teufisches Getreide für Polen.

Wie die polnische Presse zu melden weiß, hat
die Abfuhr des Getreides aus der Provinz Posen
nach Kongresspolen begonnen. Das Posener Ernäh-
-rungsamt hat angeordnet, das Brotgetreide nur noch
auf 75 Prozent auszumahlen und die tägliche Ra-
-tion von 1920 auf 2625 Gramm zu erhöhen.
Das geht natürlich auf unsere Kosten.

Der Streik in den Berliner Warenhäusern beendet.

Nach einer zwölfstündigen nächtlichen Verhand-
-lung vor dem Schlichtungsausschuß ist Mittwoch
früh 7 Uhr der Streik im Warenhausstreik ge-
-fällt worden, dem sich Angestellte und Arbeitgeber
zu unterwerfen haben.
Die Inhaber der Kaufhäuser und Ladengeschäfte
haben sich bereit erklärt, nachmittags 4 Uhr ihre Ge-
-schäftsräume wieder zu öffnen.
Berliner Beamtenzulagen.
Die Beamten der Stadt Berlin haben in einer
Versammlung zu der vom Berliner Magistrat vor-
-geschlagenen neuesten Feuerzulage Stellung ge-
-nommen. Der Beschluß des Magistrats, allen dau-
-ernd festangestellten Beamten usw. eine jährliche Zu-
-lage von 1200 Mark mit Wirkung vom 1. Januar
ds. Js. ab zu zahlen, also monatlich je 100 Mk.,
sah die Zustimmung der Mehrheit der Versammlung.